

38

82

# Union in Deutschland

Bonn, den 2. Dezember 1982

## Wir wollen einen Erfolg der Genfer Verhandlungen

**Wer den Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen SS 20 will, wer keine entsprechende Nachrüstung in Europa haben will, muß die Politik des NATO-Doppelbeschlusses unterstützen, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag.**

Weitere Kernsätze der Regierungserklärung:

■ Die Bundesregierung hält an beiden Teilen des Doppelbeschlusses fest, weil sie mit allem Ernst und allem Nachdruck einen Erfolg der Genfer Verhandlungen wünscht.

■ Die Hartnäckigkeit, mit der sich die Bundesregierung um konkrete und nachprüfbare Rüstungskontrolle und Abrüstung bemüht, ist für uns nicht nur eine Forderung der Vernunft, es ist angesichts der fast unvorstellbaren Zerstörungskraft nuklearer Waffen eine sittliche Pflicht, nichts unversucht zu lassen, daß die Waffenarsenale nicht noch weiter gefüllt werden, sondern sich verringern.

■ Weil wir zusammen mit unseren Bündnispartnern den Rüstungswettlauf nicht wollen, verfolgen wir eine Politik der Verhandlungsbereitschaft und der Festigkeit.

(Fortsetzung Seite 2)

### WAHLKAMPF '83

#### Arbeit schaffen Frieden sichern

Zu den Hauptthemen des Wahlkampfes erarbeitet die Bundesgeschäftsstelle Argumentationsbroschüren, die jeweils aktuell im UID vorgestellt werden. Die ersten Broschüren sind:

#### Arbeit schaffen

Argumente für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik

#### Frieden sichern

Argumente für eine Politik der aktiven Friedenssicherung

Der rosa Teil dieser Ausgabe enthält außerdem weitere Aktionstips für den Winterwahlkampf.

Am Montag, 6. Dezember 1982, findet in Bonn der „Kleine Parteitag“ der CDU statt. Der nächste UID (39/82) enthält den Wortlaut des politischen Grundsatzreferats des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und die politische und organisatorische Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes von Generalsekretär Bundesminister Heiner Geißler.

### ■ DOKUMENTATION

Wir stärken die Familie  
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Nach einem Bericht über seine Verhandlungen und Konsultationen mit den westlichen Freunden und Verbündeten in Europa und den USA sowie über erste Gespräche mit Mitgliedern der sowjetischen Führung und Vertretern der DDR-Regierung faßt der Bundeskanzler die Außen- und Sicherheitspolitik seiner Regierung wie folgt zusammen:

Unsere Politik ist eine Politik, die das Bündnis stärkt. Das Nordatlantische Bündnis und die Freundschaft und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind das Fundament unserer Sicherheitspolitik.

Nur ein starkes und einiges Bündnis freier Völker kann den Frieden in Freiheit sichern. Das Bündnis bleibt Grundlage für eine Politik wirklicher Entspannung.

Die Bundesregierung verfolgt weiterhin das Ziel des Gleichgewichts der militärischen Kräfte auf einer möglichst niedrigen Ebene. Die politischen Instrumente bleiben vereinbarte Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Der Dialog in den Ost-West-Beziehungen bleibt nützlich und notwendig. Er trägt dazu bei, die Teilung Europas und Deutschlands für die Menschen erträglicher zu machen und langfristig zu überwinden, was immer Ziel deutscher Politik sein muß.

Wir werden auf der Erhaltung der Schlußakte von Helsinki bestehen. Die Bundesregierung tritt für eine Stärkung des KSZE-Prozesses ein und hält an dem Ziel fest, das Madrider KSZE-Folge treffen erfolgreich abzuschließen.

Der Westen zeigt durch seine geschlossene und ruhige Verhandlungsführung, daß es uns ernst ist mit der Forderung nach einem substantiellen und ausgewogenen Schlußdokument. Es soll greifbare Fortschritte bei den Menschenrechten, den

menschlichen Kontakten und der Information ebenso enthalten wie ein präzises Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa. Die Länder des Warschauer Pakts bleiben aufgerufen, konstruktiv auf die in Madrid eingebrachten westlichen Vorschläge zu antworten.

Wir führen den Dialog auch direkt mit der Sowjetunion. Ich begrüße es daher, daß der sowjetische Außenminister Gromyko beabsichtigt, Mitte Januar zu Gesprächen nach Bonn zu kommen. Unsere Politik ist eine Politik für Europa. Hierzu wird Bundesminister Genscher für die Bundesregierung sprechen. Lassen Sie mich nur soviel sagen: Die europäische Integration ist eine der großen Aufgaben unserer Zeit. Ich stimme Präsident Mitterrand voll und ganz zu, wenn er bei den letzten deutsch-französischen Konsultationen gesagt hat:

**„Wenn Europa sich nicht eine stärkere politische Basis verschafft, ... so wird das Gewicht der Interessen bald das Gewebe Europas zerreißen.“**

**Und ich füge hinzu: Es gibt keine Alternative zu dieser Politik. Wenn es uns nicht gelingt, in diesem Jahrzehnt einen entscheidenden Schritt in Europa voranzukommen, verspielen wir die Chance und den geschichtlichen Auftrag unserer Generation.**

Wir sollten nicht kleinmütig sein. Wenn man sieht, wie in den vergangenen Jahrhunderten bis weit in unser Jahrhundert hinein, der Weg der europäischen Völker und Nationen auseinander, ja gegeneinander geführt hat, wenn man dagegen vergleicht, was in den letzten drei Jahrzehnten möglich war, so sollte uns dies Ermutigung sein.

Wir wollen unter unserer EG-Präsidentschaft deutliche Zeichen für eine Fortentwicklung der Gemeinschaft setzen. Es geht uns um eine funktionsfähige und eine entscheidungsfähige Gemeinschaft. Es

geht uns vor allem darum, die Solidarität der Mitglieder der Gemeinschaft in den wichtigen Sachfragen zu stärken: im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, in den politischen und wirtschaftlichen Fragen unserer gemeinsamen Sicherheit, in Fragen des Handels, in Fragen des freien Verkehrs von Gütern und Menschen innerhalb der Gemeinschaft.

Es geht auch darum, das Bewußtsein dafür wieder zu schaffen, daß die Gemeinschaft kein bloßer Verteilungsmechanismus für Haushaltsmittel ist, kein technokratischer Apparat, sondern ein für uns alle lebenswichtiger enger Zusammenschluß der freiheitlich und demokratisch organisierten Staaten Westeuropas.

Im engen Miteinander sind wir ein gewichtiger Partner der Vereinigten Staaten von Amerika, können wir unsere Verantwortung in den Ost-West-Beziehungen und gegenüber unseren Freunden in der Welt wahrnehmen.

Es geht nicht darum, eigene Verpflichtungen auf die Gemeinschaft abzuwälzen. Es geht vielmehr um stärkere Verpflichtung, stärkere Verantwortung aller Mitgliedstaaten für das Funktionieren der Gemeinschaft und die Zusammenarbeit in ihr . . .

**Unsere Politik bleibt eine Politik der Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt. Die Bundesregierung achtet das Recht der Staaten auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie tritt für das Recht dieser Völker ein, sich ihre politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung frei zu wählen.**

Sie tritt ein für weltweite Achtung und Würde und der Rechte des Menschen, ohne die es auf Dauer weder inneren noch äußeren Frieden geben kann. Um Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Staaten der Dritten Welt zu stützen, werden wir uns auch bemühen, den hohen Stand

der Entwicklungshilfe zu halten und nach Möglichkeit auszubauen.

Unsere Politik bleibt eine Politik für den freien Welthandel. Wir treten dafür ein, die eigenen Probleme durch eigene Anstrengungen und nicht zu Lasten anderer zu lösen. Die Bundesregierung erwartet, daß die GATT-Ministertagung das freie Welt-handelssystem stärkt. Vor allem ist unsere Politik eine Politik für den Frieden in Freiheit.

**„Die Erhaltung des Friedens ist oberstes Ziel der Politik der Bundesregierung“, so beginnt die Erklärung, mit der die Bundesregierung ihre Beratung über Fragen der Sicherheitspolitik zusammenfaßt.**

Weil wir den Frieden erhalten wollen, ist der Gewaltverzicht das Kernstück unserer Sicherheitspolitik. Das Atlantische Bündnis hat dies in der Bonner Erklärung vom 10. Juni 1982 so ausgedrückt:

**„Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff.“**

Dieser Politik ist es zu verdanken, daß es in Europa seit über 25 Jahren keinen Krieg gegeben hat, daß unser Kontinent auch heute Krieg nicht zu fürchten braucht. Was wir heute zu fürchten haben, ist eine Störung des Gleichgewichts.

Mit Sorge sehen wir, daß die Sowjetunion über ein ganzes Jahrzehnt mit einer großen Kraftanstrengung das militärische Kräfteverhältnis durch Ausbau und Verbesserung ihrer Waffen zu ihren Gunsten zu verändern sucht. Das gilt für nahezu alle Waffengattungen, für die Nuklearwaffen, für die konventionelle Bewaffnung, für die Rüstung zur See. Uns beunruhigt ganz besonders der Ausbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen. Über 300 Raketen mit über 900 Sprengköpfen sind bereits aufgestellt. Viele zielen auf unser Land.

Weil wir zusammen mit unseren Bündnispartnern den Rüstungswettlauf nicht wollen, verfolgen wir eine Politik der Verhandlungsbereitschaft und der Festigkeit. Aber wir sind ebenso davon überzeugt, daß nichts unversucht bleiben darf, daß wir alle unsere Kräfte dafür einsetzen müssen, ein Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen und zu sichern.

### **Wir wollen mehr Sicherheit mit weniger Waffen und weniger Soldaten.**

Die Hartnäckigkeit, mit der sich die Bundesregierung um konkrete und nachprüfbarbare Rüstungskontrolle und Abrüstung bemüht, ist für uns nicht nur eine Forderung der Vernunft. Es ist angesichts der fast unvorstellbaren Zerstörungskraft nuklearer Waffen eine sittliche Pflicht, nichts unversucht zu lassen, daß die Waffenarsenale nicht noch weiter gefüllt werden, sondern sich verringern.

Die christlichen Kirchen geben hier klare und eindeutige Antworten. In der Pastoralkonstitution des 2. Vatikanischen Konzils „Die Kirche in der Welt von heute“ heißt es:

„Da der Friede aus dem gegenseitigen Vertrauen der Völker erwachsen sollte, statt den Nationen durch den Schrecken der Waffen auferlegt zu werden, sollten alle sich bemühen, dem Wettrüsten ein Ende zu machen. Man soll wirklich mit der Abrüstung beginnen, nicht einseitig, sondern in vertraglich festgelegten gleichen Schritten und mit echten und wirksamen Sicherungen.“

In der Denkschrift der EKD von 1982, „Frieden wahren, fördern und erneuern“, ist die gleiche Forderung enthalten: „Das Ziel muß die Ausbildung einer politischen Friedensordnung sein, die den Abbau militärischer Gewaltmittel möglich macht.“ Von diesen ernststen und verantwortungsbewußten Mahnungen wird sich die von

mir geführte Bundesregierung in ihrer Sicherheitspolitik leiten lassen.

Das aktuellste Problem unserer Sicherheitspolitik sind die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Die Bundesregierung hält — wie ihre Vorgängerin — an beiden Teilen des Doppelbeschlusses fest, weil sie mit allem Ernst und allem Nachdruck einen Erfolg der Genfer Verhandlungen wünscht. Weil wir den Erfolg der Genfer Verhandlungen wollen, zählen wir auf die Solidarität aller Bündnispartner, die sich wie wir zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses verpflichtet haben.

### **Wer den Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen SS 20 wirklich will, wer keine entsprechende Nachrüstung in Europa will, muß die Politik des Doppelbeschlusses unterstützen.**

Aus meinem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten weiß ich: für ihn wie für uns sind diese Verhandlungen nicht irgendwelche Verhandlungen. Es sind existentielle Verhandlungen. Wir haben es auch der neuen sowjetischen Führung klar zu verstehen gegeben. Niemand bei uns in der Bundesrepublik Deutschland möchte, daß neue amerikanische Raketen stationiert werden.

Zusammen mit unseren Bündnispartnern können wir es jedoch nicht einfach hinnehmen, daß uns Hunderte moderner sowjetischer Mittelstreckenraketen unmittelbar bedrohen.

### **Der Weg, eine westliche Nachrüstung zu verhindern, ist ein beiderseitiger Verzicht auf Stationierung.**

Die Bundesregierung ist sich der Tragweite der schon getroffenen und der noch vor uns liegenden Entscheidungen bewußt. Ich bin davon überzeugt, daß der Weg, den meine Regierung fortsetzt, richtig ist und unserer Verantwortung entspricht. Ich bin bereit, mich über die Richtigkeit dieses Weges mit all denjenigen

## Koalition fordert im Bundestag:

# Neue Impulse für das Europäische Einigungswerk

**Am 1. Januar 1983 beginnt die Präsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft. Turnusgemäß wird die deutsche Präsidentschaft für ein halbes Jahr die Ministerratssitzungen vorbereiten, die Sitzungen leiten, Sprecher der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit sein, mit Drittländern Verhandlungen führen und dem Europäischen Parlament Bericht erstatten.**

Die Sprecher der CDU/CSU-Fraktion unterstrichen in der Europa-Debatte des Bundestages, daß sich damit für die Bundesregierung eine gute Gelegenheit ergebe, dem Europäischen Einigungswerk einen neuen Impuls zu geben. Die insbesondere unter der Kanzlerschaft Schmidts um sich greifende und sogar geförderte Europamüdigkeit in der Bundesrepublik Deutschland muß überwunden werden. Dabei verkennt die CDU/CSU nicht die Schwierigkeiten, die auf dem Wege zu einem vereinten Europa heute verstärkt zu

auseinanderzusetzen, offen und fair, die unser Ziel teilen:

### **die Erhaltung des Friedens in Freiheit.**

Es ist für ein demokratisches Land selbstverständlich, daß in einer so wichtigen grundsätzlichen Frage auch unterschiedliche Ansichten vertreten werden. Wir müssen um den richtigen Weg ringen. Je klarer und offener die Debatte geführt wird — auch hier im Bundestag — um so besser für unser Land.

überwunden sind. Politisch und wirtschaftlich ist aber die Bundesrepublik Deutschland auch ein Nutznießer der Europäischen Einigung, und viele der uns bedrückenden Probleme, wie z. B. Arbeitslosigkeit, regionale Unterentwicklung und technologischer Rückstand, sind am besten gemeinschaftlich zu lösen.

Der gemeinsam mit der FDP-Fraktion verabschiedete Entschließungsantrag soll der Bundesregierung die Aufgaben vortragen, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorrangig zu regeln wünscht.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die folgenden Initiativen zum Bestandteil des Programms der am 1. Januar 1983 beginnenden deutschen Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft zu machen und sie während der Dauer ihrer Präsidentschaft zu regeln:

① Die Politik der europäischen Einigung bedarf eines neuen politischen Anstoßes in Richtung auf das Ziel der Europäischen Union. Die deutsche Präsidentschaft verstärkt ihre Bemühungen um den Abschluß der Arbeiten an der deutsch/italienischen Initiative und setzt sich für die Verabschiedung der Europäischen Akte im Europäischen Rat noch im ersten Halbjahr 1983 ein.

② Beinahe 11 Mio. Arbeitslose in der Europäischen Gemeinschaft sind sozial, wirtschaftlich und politisch unvertretbar. Nur eine gemeinschaftlich abgestimmte Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik aller Mitgliedstaaten kann dieses Problem dauerhaft lösen. Die deutsche Präsidentschaft unternimmt erneute und verstärkte

Anstrengungen für eine Konvergenz der europäischen Wirtschaftspolitik.

③ Für die dauerhafte Überwindung der Arbeitslosigkeit ist die Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Europas unerlässlich. Die deutsche Präsidentschaft unternimmt besondere Anstrengungen zum Abbau der noch bestehenden Handelshemmnisse und zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes.

④ Die deutsche Präsidentschaft unternimmt geeignete Schritte, um einen Interessenausgleich auf Gemeinschaftsebene mit den Vereinigten Staaten von Amerika in allen offenen Fragen herbeizuführen. Die Erarbeitung dieses Interessenausgleichs muß auch auf der parlamentarischen Ebene vorangetrieben werden.

⑤ Die deutsche EG-Präsidentschaft wird gemeinsam mit anderen EG-Mitgliedsländern auf koordinierte Maßnahmen im Bereich der grenzüberschreitenden Umweltprobleme (z. B. bei Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Lärm- und Abgasverringern bei Kraftfahrzeugen, Umweltverträglichkeitsprüfung, Abfallwirtschaft) unter Zugrundelegung der jeweils strengsten nationalen Gesetzgebung hinwirken.

⑥ Die Sicherheit Europas ist eine Existenzfrage. Die deutsche Präsidentschaft lädt gemäß dem „Londoner Bericht“ vom Oktober 1981 die Außenminister der Mitgliedstaaten zu einer ersten Sitzung über außenpolitisch relevante Sicherheitsfragen ein.

⑦ Die deutsche Präsidentschaft erklärt, daß für sie das bei der Agrarpreisfestsetzung 1982 angewandte Abstimmungsverfahren im Rat auch für die Zukunft verbindlich ist und daß sie es als einen geeigneten Schritt ansieht, das vertragsgemäße Prinzip der Mehrheitsentscheidungen als normale Regel anzuwenden.

⑧ Die deutsche Präsidentschaft fordert die Kommission auf, geeignete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Finanzver-

fassung der Europäischen Gemeinschaft zu machen. Der Beitritt Spaniens und Portugals, die Diskussion über den britischen Beitrag und die Kommissionsvorschläge zur Reform der Gemeinschaftspolitiken (Mandat vom 30. Mai) sowie die Vorschläge des Europäischen Parlaments sind dabei zu berücksichtigen.

⑨ Die deutsche Präsidentschaft setzt die Beratung des europäischen Wahlrechts für die nächsten Wahlen des Europäischen Parlaments im Rat zügig fort und fordert den Rat auf, den Vorschlag des Europäischen Parlaments anzunehmen.

⑩ Europa muß wieder mehr als bisher ins Bewußtsein unserer Bürger gebracht werden durch ganz konkrete Schritte. Die deutsche Präsidentschaft wird sich einsetzen für mehr Abbau der Grenzkontrollen, für eine Intensivierung der Kulturbeziehungen und für eine Verbesserung des Jugendaustausches.

⑪ Die deutsche Präsidentschaft verstärkt die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten.

## **SPD-Wahlkampftricks im Bundestags-Rechtsausschuß**

Die SPD versucht, wie der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fritz Wittmann, erklärte, im Rechtsausschuß mit Geschäftsordnungstricks zu verhindern, daß die geplante Änderung des Mietrechts noch in dieser Legislaturperiode zusammen mit den anderen Begleitgesetzen zum Bundeshaushalt verabschiedet werden kann. Leidtragender dieser Verweigerungs- und Obstruktionspolitik wird — wenn die SPD sich nicht noch eines Besseren besinnt — vor allem die Bevölkerung in den Großstädten sein, die ohne Inkrafttreten des neuen Gesetzes kaum eine Chance auf ein erhöhtes Angebot an Mietwohnungen hat.

## ■ BUSSGELD

# Neuer Gesetzentwurf der Koalition soll Arbeit in Flensburg erleichtern

**Die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und FDP haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes eingebracht. Damit soll die seit längerem von allen Betroffenen einhellig geforderte Form des Verkehrszentralregisters in Flensburg verwirklicht werden.**

Schwerpunkt des Entwurfs ist die Einschränkung von Bußgeldentscheidungen in das Verkehrszentralregister in § 28 Nr. 3 i. V. m. § 28 a StVG. Danach soll die Eintragungsgrenze auf 80 DM angehoben werden, wobei eine Ungleichbehandlung, die wegen der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Bemessung der Geldbuße eintreten könnte, durch Erlass eines bundeseinheitlichen Bußgeldkatalogs durch Rechtsverordnung vermieden wird.

Der Entwurf beschränkt sich im Gegensatz zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze bewußt auf diesen Schwerpunkt, um die seit Jahren von allen Betroffenen einhellig geforderte Reform des Verkehrszentralregisters nunmehr möglichst umgehend zu realisieren. Aus diesem Grund ist der Entwurf auch den Anregungen des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf bei der Festsetzung der Eintragungsgrenze gefolgt.

Die Notwendigkeit zu einer Einschränkung der Eintragung von Bußgeldentscheidungen und einer damit verbundenen Verringerung des Eintragungsbestandes im Ver-

kehrszentralregister besteht aus folgenden Gründen:

Die bisher geltende Regelung hat zu einem auffälligen Mißverhältnis zwischen Aufwand und Erfolg geführt, was insbesondere in dem starken Anwachsen des Registerbestandes zum Ausdruck kommt. Während im Jahre 1970 erst 3,3 Millionen Personen registriert waren, ist der Eintragungsbestand bis Ende des Jahres 1981 bereits auf 4,85 Millionen Personen angestiegen. Die Zahl der eingetragenen Entscheidungen von Gerichten, Bußgeldstellen und Verwaltungsbehörden erhöhte sich im gleichen Zeitraum von ca. 5 Millionen auf nahezu 9,5 Millionen. Anzeichen für eine Änderung dieser Tendenz sind nicht zu erkennen.

Demgegenüber beträgt z. B. der Anteil der auf Grund von Registereintragungen erfolgten Führerscheinentzüge an der Gesamtzahl der Entzüge von ca. 150 000 jährlich lediglich etwa 3% (ca. 5 000 Fälle pro Jahr). 95% aller Führerscheinentzüge werden von den Gerichten veranlaßt, in aller Regel wegen Alkoholdelikte. Dies bedeutet, daß jeweils 1 000 Autofahrer registriert werden, von denen sich aber nur einer als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen erweist.

Bei dem starken Anwachsen der Eintragungen spielen die Verkehrsordnungswidrigkeiten, die 60% des Registerbestandes ausmachen, eine entscheidende Rolle. Es ist daher sachgerecht, die Erfassung von

Verkehrsordnungswidrigkeiten auf die Fälle zu beschränken, in denen durch die besondere Höhe der Geldbuße die Bedeutung des Verstoßes zum Ausdruck kommt. Auch die Anhebung der Eintragungsgrenze in § 28 Nr. 3 StVG auf 80 DM einschließlich anstatt auf 120 DM dürfte eine spürbare Verringerung des Registerbestandes und eine Beschränkung auf die Erfassung der gewichtigsten Verkehrsordnungswidrigkeiten sicherstellen.

Die Zweckbestimmung des Registers als Entscheidungsgrundlage für Justiz- und Bußgeldbehörden zur Bemessung der Höhe der Strafe bzw. Geldbuße bei Wiederholungstätern und für Straßenverkehrsbehörden zur Vorbereitung von Verwaltungsentscheidungen — insbesondere Begutachtung der Eignung im Fahrerlaubnisentziehungsverfahren — sowie als Entscheidungsgrundlage zur Vorbereitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften bleibt bei der Neuregelung erhalten, da die erheblichen Verkehrszuwendungen weiterhin eingetragen werden.

Um einheitliche Voraussetzungen für die Eintragung in das Register zu schaffen, wird ein bundeseinheitlicher Bußgeldkatalog durch Rechtsverordnung erlassen (§ 26 a StVG).

Der Bund wird durch die Vorschriften des Entwurfs nicht mit Kosten belastet; durch die Einschränkung der Eintragungen im Verkehrszentralregister ist sogar mit einer Kostenersparnis im Bereich des Kraftfahrt-Bundesamtes zu rechnen.

Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Gemeinden sind nicht zu erwarten. Für den Bereich der Justiz entstehen ebenfalls keine Mehrbelastungen. Die Vorschriften des Entwurfs werden vielmehr insgesamt zu Einsparungen führen, da mit einem Rückgang der Zahl der gerichtlichen Bußgeldverfahren zu rechnen ist.

## ■ GRUNDERWERB

### Neues Steuergesetz fördert die Rechtssicherheit

**In der Schlußberatung des Deutschen Bundestages zum Grunderwerbsteuerreformgesetz führte der CDU-Abgeordnete Manfred Langner u. a. folgendes aus:**

**A**nstelle eines komplizierten und zersplitterten Rechts, gegen das erhebliche Verfassungsbedenken geltend gemacht wurden, tritt eine einfache, klare Regelung mit einer mäßigen Belastung des Grunderwerbs von 2%. Der überhöhte Steuersatz von 7% hat die Praxis oft zu künstlichen Vertragsgestaltungen gezwungen. Streitfragen, Einsprüche und Finanzgerichtsprozesse waren an der Tagesordnung. Umgekehrt stellte die völlige Befreiung von der Steuer, die zuletzt 80 bis 85% aller Erwerbsvorgänge erfaßte, eine Subventionierung zu Lasten der Allgemeinheit dar.

Jetzt werden 68 Gesetze und Verordnungen sowie 131 Einzelvorschriften aufgehoben. Die Hälfte der 1800 mit der Grunderwerbsteuer befaßten Finanzbeamten kann sich in Zukunft sinnvollerer Tätigkeiten widmen.

Die Grunderwerbsteuerreform soll am 1. Januar 1983 in Kraft treten. Die Gesetzesvorlage enthält jedoch eine Vorschrift, nach der auf Antrag das neue Recht (Herabsetzung des Steuersatzes von 7% auf 2%, Aufhebung der Steuerbefreiungen) bereits unmittelbar nach Verkündung angewandt werden kann. Die auf Betreiben des Landes Hessen herbeigeführte Vertagung im Bundesrat bedeutet, daß das für Wirtschaft und Wohnungsbau so bedeutende neue Gesetz nicht schon Anfang Dezember, sondern erst drei Wochen später zur Verfügung steht.

## ■ INFORMATION

### Bundeskanzler lobt die kirchliche Entwicklungshilfe

Bundeskanzler Kohl und Entwicklungsmi-  
nister Warnke haben die Arbeit der evan-  
gelischen und der katholischen Kirche in  
der Entwicklungshilfe als beispielhaft ge-  
würdigt: Die beiden kirchlichen Zentral-  
stellen für Entwicklungshilfe arbeiten nun-  
mehr seit zwanzig Jahren in der Entwick-  
lungspolitik mit dem Staat zusammen.  
Kohl bedankte sich in einem Grußwort zu  
einer gemeinsamen Veranstaltung der  
kirchlichen Zentralstellen in Bonn dafür,  
daß sie wirkungsvoll Armut, Hunger und  
Krankheit in den Entwicklungsländern be-  
kämpfen. Kohl teilte auch die Sorge der  
Kirchen vor der wachsenden Rüstung.  
Der Anteil der Entwicklungsländer an den  
weltweiten Rüstungsvorhaben nehme  
ständig zu.

Die beiden großen Kirchen in der Bundes-  
republik haben in den letzten zwanzig Jah-  
ren mehr als sechs Milliarden Mark zu et-  
wa gleichen Teilen für Entwicklungspro-  
jekte in Ländern der Dritten Welt ausgege-  
ben. Rund 2,2 Milliarden Mark waren da-  
von staatliche Zuschüsse, der Rest wurde  
aus Spenden und Kirchensteuern finan-  
ziert. Die umfangreichen Hilfsmaßnahmen  
auf katholischer Seite und von „Brot für  
die Welt“ auf evangelischer Seite sind dar-  
in enthalten.

### Die SPD ist unfähig zur Unternehmensführung

Zu der Mitteilung von SPD-Bundesschatz-  
meister Friedrich Halstenberg, 70 der 126  
Beschäftigten des sozialdemokratischen  
„Vorwärts“-Verlages würden entlassen,  
erklärte der Vorsitzende des Gesprächs-  
kreises Medienpolitik der CDU/CSU-Bun-  
destagsfraktion, Dieter Weirich, u. a.

Die SPD bleibt die unbegabteste Pres-  
seunternehmerin der Bundesrepublik  
Deutschland. Nachdem nahezu alle sozial-  
demokratischen Zeitungen vom Pleitegei-  
er erfaßt wurden, erwischt es jetzt auch  
noch den „Vorwärts“.

Kein deutscher Verleger ist in der Vergan-  
genheit so rücksichtslos „kapitalistisch“  
mit seinen Mitarbeitern umgegangen. Die  
Kette unsozialen Verhaltens spannt sich  
von jenen Redakteuren der einstigen Ber-  
liner Zeitungen „Telegraf“ und „Nachtde-  
pesche“, die aus dem Ticker einer Presse-  
agentur von ihrer Entlassung erfuhren, bis  
zur jüngsten „Vorwärts“-Affäre. Die SPD  
versagt bei der Bekämpfung der Arbeits-  
losigkeit. In der praktischen Politik ebenso  
wie in ihren eigenen Unternehmungen.

### Breit: DGB korrigiert Broschüre

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat  
seine Sammlung kritischer Bewertungen  
der Politik der neuen Bundesregierung er-  
gänzt und in Teilen korrigiert. Bundesar-  
beitsminister Blüm hatte den DGB-Vorsit-  
zenden Breit darauf aufmerksam gemacht,  
daß die Broschüre „Informationen und Po-  
sitionen“, die Anfang November mit einer  
Erstauflage von 200 000 Stück an Funktio-  
näre und interessierte Gewerkschaftsmit-  
glieder verteilt worden war, nicht zutref-  
fende Behauptungen über angeblich von  
der Regierung beschlossene Maßnahmen  
enthalte.

In der ursprünglichen Fassung des DGB-  
Heftchens wird der Regierung unter an-  
derem vorgeworfen, sie belaste sozial  
schwache Bevölkerungsgruppen übermä-  
ßig durch „die Verringerung der Renten-  
ansprüche für Arbeitslose“. Diese falsche  
Darstellung ebenso wie die Behauptung,  
der Bundeszuschuß zur Rentenversiche-  
rung solle 1983 um drei Milliarden Mark  
gekürzt werden, werden in der neuen  
DGB-Publikation berichtigt.

## Ein miserabler Abschied

Noch nie wurden die Leistungen einer Regierung so schlecht beurteilt, wie die des Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Am Ende seiner Amtszeit — kurz vor der Abwahl — ermittelte das Bielefelder EMNID-

Institut, daß 73 Prozent der Befragten die Leistungen des Kabinetts Schmidt negativ und lediglich rund ein Viertel (26 Prozent) positiv bewerteten.

Die Endzeit der Regierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt im demoskopischen Vergleich:

	Okt./Nov.	Dez./Jan.	Jan./Feb.	März/April
<b>Brandt</b>	1973	1973/74	1974	1974
positiv	47	43	36	37
negativ	42	50	55	57
ohne Entscheidung	11	8	8	5
<b>Schmidt</b>	Juni 1982	Juli 1982	Aug. 1982	Sept. 1982
positiv	33	31	34	26
negativ	66	68	65	73
ohne Entscheidung	1	1	2	2

## Ein Kuckuck im Führungsnest der FDP

Kaum seinem früheren Amt in der Führungsspitze der FDP entlaufen, wird der Genosse „Ex-Generalsekretär“ Verheugen bei der SPD freudig begrüßt. Mit Brandt, Vogel, Glotz und Schmidt — so Verheugen nach Berichten der „FAZ“ — habe er schon immer eher übereingestimmt als mit seiner eigenen früheren Partei.

Wie war das eigentlich möglich, sinniert Hans A. Engelhard, Abgeordneter des Deutschen Bundestages, daß ein Mann jahrelang zum Führungsgremium der FDP gehören konnte, der nun plötzlich feststellt: Dies ist nicht meine politische Heimat. War das eigentlich je ein Liberaler oder einer der glaubt, liberale Positionen nur dann vertreten zu können, wenn er größere Mehrheiten hinter sich weiß, als dies in einer kleinen, aber eigenständigen Partei der Fall ist.

Der politische Liberalismus ist etwas für starke Naturen. Wer aber von der Fahne

geht, wenn der Wind ihm ins Gesicht weht, weckt Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit. Verheugen ist vergleichbar jenem berühmten Vogel, der im falschen Nest aus dem Ei schlüpft, wenn die Zeit reif ist. Ein Kuckuck im Führungsnest der FDP. Nur: Hier mußte der entlarvte Kuckuck das Nest räumen.

## Hilfe für Polen sind Signale

Vier Wochen vor Weihnachten haben Bundeskanzler Helmut Kohl und die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen an die Bundesbürger appelliert, der notleidenden polnischen Bevölkerung zu helfen. In einer hierzu veröffentlichten Erklärung heißt es:

„Wir alle müssen uns klarmachen, daß wir mit einem Geschenk mehr geben als nur seinen materiellen Wert allein. Wir senden unseren Nachbarn in Polen damit ein deutliches Signal, daß wir an ihrem Schicksal nicht nur mit Worten und Gedanken Anteil nehmen, sondern ihnen auch die uns mögliche Unterstützung geben.“

## ■ ÖFFENTLICHE ANHÖRUNGEN

# Maßvolle Besoldungserhöhung besser als Abbau des Berufsbeamtentums

**Zu der öffentlichen Anhörung der Spitzenorganisationen der Beamten-gewerkschaften und des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie des Deutschen Landkreistages zu den Besoldungsanpassungsgesetzen 1982 und 1983 im Innenausschuß des Bundestages erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner:**

**E**rwartungsgemäß haben die beiden Gesetzentwürfe bei den betroffenen Spitzenorganisationen nicht nur Freude ausgelöst, denn in beiden Fällen werden den Angehörigen des öffentlichen Dienstes erhebliche Opfer auferlegt. Andererseits muß auch zur Kenntnis genommen werden, daß angesichts der schwierigen Haushalts- und Finanzlage der öffentliche Dienst ebenfalls einen gewichtigen Sparbeitrag leisten muß. Die neue Bundesregierung hat einen richtigen und mutigen Schritt unternommen. Sie hat durch die bereits jetzt erfolgende gesetzliche Festlegung der Besoldungserhöhung 1983 (2% ab 1. Juli 1983) die Einkommenszuwächse im öffentlichen Dienst auf einem maßvollen Niveau gehalten, andererseits aber auf Eingriffe in die Struktur des öffentlichen Dienstrechts verzichtet. Dadurch ist — im Gegensatz zu früheren Sparmaßnahmen — bleibender Schaden vermieden worden. Zu den einzelnen Kritikpunkten ist folgendes zu bemerken:

① Die gesetzliche Festlegung der Besoldungserhöhung für 1983 ist nicht — wie es der DGB meint — ein Eingriff in die

Tarifoheit. Dies ist allerdings ein Signal, mit dem die Bundesregierung einen Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen Lage erbringen will, die sie nicht verschuldet hat. Dieser mutige Ansatzpunkt sollte nicht deshalb verketzert werden, weil dieser Weg bisher noch nicht begangen worden ist. Er ist auf jeden Fall besser, als wenn wieder durch ein neues Haushaltsstrukturgesetz weitere Positionen des Berufsbeamtentums abgebaut worden wären.

② Eine Arbeitsmarktabgabe für den öffentlichen Dienst, wie sie gleichfalls in der Anhörung vom DGB gefordert worden ist, würde die Probleme nicht lösen. Dies wäre außerdem eine Sondersteuer, die mit der Verfassung nicht zu vereinbaren ist.

③ Es ist zutreffend, daß die Beamten im Jahr 1982 später als die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst die Besoldungserhöhung von 3,6% erhalten. Diese Regelung ist in der Tat nicht unproblematisch. Der DGB hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es einem Beamten des einfachen und des mittleren Dienstes mit einem bescheidenen Einkommen nur schwer verständlich gemacht werden kann, daß er die Besoldungserhöhung später als ein Angestellter der höchsten Vergütungsgruppe erhält. In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP konnte aber wenigstens erreicht werden, daß die Verschiebung von 3 auf 2 Monate verkürzt wurde. Eine weitere Reduzierung war nicht mehr möglich, weil bei Bund, Ländern und Gemeinden die entsprechenden Ansätze bereits im Haushalt '82 enthalten waren. Im Hinblick auf

den beträchtlichen finanziellen Rahmen (1 Monat Verschiebung = über 300 Mio. DM) konnte zu dem jetzigen Zeitpunkt eine völlige Aufhebung nicht mehr erfolgen. Der Fehler ist von der alten Bundesregierung verursacht worden, die Anfang dieses Jahres andere und gerechtere Kürzungsmaßnahmen hätte beschließen können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird die von der neuen Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwürfe mittragen. Die Spitzenorganisationen und alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes werden um Verständnis für diese Maßnahmen gebeten. Sie sind in der gegenwärtigen schwierigen Situation mit dem geringsten Eingriff in das System des öffentlichen Dienstes verbunden. Sie sind auch sozial ausgewogen und gerecht. Eine bessere Alternative gibt es nicht. Sie ist auch in der heutigen Anhörung nicht erkennbar geworden.

## **BAFÖG: Kürzung ja – aber kein Kahlschlag**

Zu der Anhörung von Interessenverbänden im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft zu den von der Bundesregierung beschlossenen Kürzungen beim Schüler-BAFÖG und Studenten-BAFÖG erklärt der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU, MdB Klaus Daweke:

Auch in diesem Anhörungsverfahren hat es erwartungsgemäß wieder Kritik der Interessenverbände an den Kürzungen beim Schüler- und Studenten-BAFÖG gegeben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit diesen Einwänden gerechnet, nimmt sie durchaus ernst, hat aber in den Äußerungen der Verbandsvertreter konkrete Vorschläge total vermißt, wie angesichts gestiegener Schüler- und Studentenzahlen und angesichts der durch die frühere SPD-Bundesregierung zerrütteten Staatsfinanzen die in den letzten Jahren bereits unhaltbar gewordene Finanzierung der Ausbildungsförderung weitergeführt werden könnte. Leider haben dazu die Inter-

essenverbandsvertreter keine Aussagen gemacht und sind damit an dem entscheidenden Problem vorbeigegangen.

Denn die Ausgangssituation und die Eröffnungsbilanz der neuen CDU/CSU-geführten Bundesregierung sieht — auch mit Konsequenzen für die Ausbildungsförderung — als drückende Erblast der SPD folgendermaßen aus:

- 300 Milliarden DM Schulden des Bundes,
- 2 Millionen Arbeitslose,
- Konkursrekord 1982 durch über 16000 Firmenzusammenbrüche und damit Verlust von mehr als 500000 Arbeitsplätzen in den letzten Jahren,
- durch Arbeitslosigkeit 5 Milliarden DM weniger in den Rentenkassen.

Statt diese Tatsachen in die Stellungnahmen einzubeziehen, haben die Interessenverbandsvertreter in der Anhörung schwarzgemalt, indem sie den Bildungswillen von Schülern und Eltern der einkommensschwächeren Gruppen in Zweifel gezogen haben. Für diese Aussagen hatten die Angehörten aber nicht einmal Zahlen und Beweise, sondern „stützten“ sich lediglich auf Vermutungen und vage Erwartungen. Politische Sachentscheidungen können von den Verantwortlichen auf diese Meinungsbekundungen aber kaum aufgebaut werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion muß auch nach dieser Anhörung zum BAFÖG davon ausgehen, daß angesichts der unumgänglichen Kürzungen bei den verschuldeten Staatsfinanzen auch Einschränkungen beim BAFÖG leider notwendig sind. Dabei geht es darum, daß diese Kürzungen nicht zu unerträglichen sozialen Benachteiligungen führen, was durch die vorgesehene Härtefallregelung beim Schüler-BAFÖG ja auch gewährleistet wird. Es bleibt bedenkenswert, diese Härtefallregelung auszubauen, damit jeder begabte und leistungswillige Schüler auch bei sozialer Benachteiligung weitergefördert werden kann.

■ SPD

## Beschäftigungshaushalt ist nur eine weitere sozialistische Seifenblase

**Die Finanz- und Wirtschaftspolitiker der SPD haben aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre nichts gelernt. Seit 1974 hat eine Vielzahl staatlicher Ausgabenprogramme mit einem Aufwand von fast 50 Mrd. DM nicht verhindert, daß die Arbeitslosigkeit ständig zugenommen hat und in diesem Winter die 2,5-Millionen-Grenze erreichen dürfte.**

**A**ber trotzdem soll wieder einmal der untaugliche Versuch unternommen werden, Konjunktur und Arbeitsmarkt mit einem staatlichen Milliardenprogramm zu beleben, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Manfred Carstens (Emstek) zum sog. „Beschäftigungshaushalt 83—85“.

Staatliche Strohfeuerprogramme waren und sind das falsche Rezept. Für das eigentliche Arbeitsmarktproblem, die dauerhafte Schaffung rentabler Arbeitsplätze, leisten sie wenig oder nichts. Und wenn sie dazu durch Steuererhöhungen oder den Zinsrückgang behindernde zusätzliche Verschuldung finanziert werden, schaden sie mehr als sie nutzen.

Schon die Bezeichnung „Beschäftigungshaushalt“ ist irreführend. Sie erweckt den Eindruck, als ob unsere Wirtschafts- und Beschäftigungsprobleme mit Maßnahmen rascher staatlicher „Machbarkeit“ gelöst werden könnten. Das Kernstück des Programms, das bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau angesiedelte Kreditprogramm,

ist darüber hinaus ein riesiger Schatten-Schuldenhaushalt von 40 Mrd. DM, der an der Verantwortlichkeit des Finanzministers vorbei aufgebaut werden soll. Die Aufbringung dieser Mittel durch den Bankenapparat ist bisher nicht mehr als ein Wunsch. Das Programm erweist sich damit als eine gigantische sozialistische Seifenblase.

Notwendig ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen, wie sie von der neuen Bundesregierung mit dem Paket zur Stärkung der privaten Investitions- und Innovationsfähigkeit verfolgt wird. Investitions- und wachstumsfördernde Ausgestaltung unseres Steuersystems, Eingrenzung der öffentlichen Neuverschuldung als Voraussetzung für weitere nachhaltige Zinssenkungen und eine verantwortungsvolle Lohnpolitik der Tarifpartner bewirken mehr für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung als alle noch so gut gemeinten staatlichen Strohfeuer.

Zum steuerlichen Teil des von der SPD-Fraktion vorgelegten sog. Beschäftigungshaushalts 1983 bis 1985 erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reinhold Kreile: Viel dazu gelernt hat die SPD auch in den vergangenen Wochen nicht. Der Ladenhüter „Ergänzungsabgabe“ taucht ebenso wieder auf wie die Erhöhung der pauschalerten Lohnsteuer. Die erneute Forderung nach dem ersatzlosen Wegfall der Kinderbetreuungskosten und nach der Be-

schränkung des Ehegattensplittings zeigt, daß die SPD das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. November 1982 zur Familienbesteuerung noch gar nicht zur Kenntnis genommen hat. Auch die Drohung mit dem „schrittweisen Zurückdrängen unhaltbarer Praktiken der Steuerhinterziehung — insbesondere bei hohen Zinseinkommen“ ist nicht neu, sie soll auf die Einführung eines fragwürdigen Quellensteuerabzugs bei Sparguthaben hinauslaufen.

Neu ist die Forderung nach Ausweitung der Investitionszulage. Doch auch hier hat die SPD aus den Erfahrungen insbesondere mit der Anfang 1982 eingeführten Investitionszulage „zur Förderung der Beschäftigung — der nunmehr ein Programm ‚zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung‘ folgen muß“ — nichts gelernt. Außer Mitnahmeeffekten und mehr bürokratischer Beschäftigung bei Behörden und Betrieben hat diese Zulage kaum etwas bewirkt.

Auf das für 1985 — bis dahin will die SPD offenbar freiwillig in der Opposition bleiben — angekündigte Programm zur steuerlichen Entlastung nicht ausgeschütteter Unternehmensgewinne darf man gespannt sein. Aus den Bedingungen dieser scheinbaren Steuervergünstigung (Vorlage eines „betriebsindividuellen Beschäftigungsprogramms“, stärkere Ausrichtung der Förderung privater Investitionen an „gesellschaftlich notwendigen Bedürfnissen“ usw.), läßt sich unschwer ablesen, daß weniger an eine steuerliche Entlastung der Betriebe als vielmehr an Investitionslenkung gedacht ist, wobei die steuerliche Entlastung nur als Köder dienen soll.

Auch im steuerlichen Bereich ist der „Beschäftigungshaushalt“ keine Alternative zur Politik der Bundesregierung.

## ■ CDU-FRAUEN

### Mehr Chancen bei der Kandidaten-Aufstellung

**Nach einer Tagung des Bundesvorstandes der CDU-Frauenvereinigung in Bonn erklärte die Vorsitzende Helga Wex zum Thema Ehegatten-/Familienplitting/Familienlastenausgleich:**

Die CDU-Frauenvereinigung sieht die wirtschaftliche Absicherung der Familie in Zeiten der Krise als wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe an. Sie begrüßt, daß die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl den Familienlastenausgleich durch ein Familienplitting neu ordnen wird.

Die CDU-Frauenvereinigung wird auf die baldige Erstellung von Rechnungsmodellen durch Experten drängen und hofft, daß mit einer sozial gerechten Neukonzeption des Familienausgleichs einschließlich der Neuregelung zum Ehegatten-/Familienplitting die Familien mit Kindern eine fühlbare Entlastung erfahren.

Die Frauenvereinigung der CDU sieht darüber hinaus mit Sorge, daß es immer schwieriger wird für Frauen, als Kandidatinnen auf aussichtsreichen Plätzen für den neuen Bundestag aufgestellt zu werden. Um die Chancen für Frauen, politische Mandate zu erringen, zu vergrößern, fordert die Frauenvereinigung der CDU bei allen Wahlen die Einwirkungsmöglichkeit für den Wähler und die Wählerin bei der Reihenfolge der Listenbewerber. Die Wähler sollen bei der Listenwahl die Zweitstimme entweder insgesamt einer Parteiliste oder einem bestimmten Kandidaten (einer bestimmten Kandidatin) auf einer Parteiliste geben können.

# Zur Sache:

## Dreihundert Milliarden Mark Schulden in Bonn, weil die SPD nicht mit Geld umgehen kann

Die Sozialdemokraten haben am Ende ihrer Regierungszeit einen Schuldenberg von 300 Milliarden Mark hinterlassen. Als Folge dieser Schuldenpolitik muß die Regierung Helmut Kohl jeden Tag 70 Millionen DM allein an Zinsen bezahlen. Der SPD-Haushaltsentwurf für 1983 sah eine Neuverschuldung von 28,4 Milliarden Mark vor. In Wahrheit aber hinterließ die SPD-Regierung einen Fehlbetrag von rund 55 Milliarden. Denn

- erstens hat sie viel zu hohe Steuereinnahmen angesetzt; tatsächlich sind es 10,5 Milliarden Mark weniger;
- zweitens hat sie die Arbeitslosenzahl beschönigt; tatsächlich sind es 500.000 Arbeitslose mehr; das bedeutet zusätzliche Ausgaben von 8 Milliarden Mark;
- drittens konnte sie wegen ihrer inneren Zerstrittenheit und Handlungsunfähigkeit geplante Kürzungen in Höhe von 8 Milliarden Mark nicht durchsetzen.

Die SPD hat mit Geld gerechnet, das gar nicht vorhanden war. Das beweist, Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen.

**1976: Rentenbetrug der SPD \***

**1980: Schuldenlüge der SPD \***

**1982: Haushaltslüge der SPD**

\* Norbert Gansel SPD-MdB

„1976 erfuhren wir vierzehn Tage nach der Wahl die wirkliche Lage bei den Renten. 1980 erfuhren wir vierzehn Tage nach der Wahl die wirkliche Lage der Staatsfinanzen. Ich schlage vor, 1984 die Wahlen um vierzehn Tage zu verschieben.“  
(Zitiert nach DIE WELT, 7. November 1980)

Die neue Bundesregierung hat in kürzester Zeit das gigantische Defizit um rund 25 Prozent gesenkt, nämlich um 13,5 Milliarden auf 41,5 Milliarden Mark.

In nur zweieinhalb Wochen hat die Regierung Helmut Kohl einen neuen, ehrlichen Haushaltsentwurf für 1983 vorgelegt und damit die Weichen richtig gestellt. Dieser solide und sparsame Haushalt hat Zinssenkungen ermöglicht und damit neue Wachstumskräfte freigesetzt. Denn ein Prozent weniger Zinsen heißt sieben Milliarden Mark Entlastung für die Bürger und für die Unternehmen:

- Diese Zinssenkungen erleichtern Investitionen für neue Arbeitsplätze.
- Der Wunsch nach einem Eigenheim kann leichter verwirklicht werden.

Die SPD hat uns einen riesigen Schuldenberg hinterlassen, weil sie von Wirtschaft nichts versteht. Die Regierung Helmut Kohl hat die ersten Schritte zur Gesundung der Staatsfinanzen getan. Nur wenn die Staatskasse stimmt, ist das soziale Netz sicher, geht die Arbeitslosigkeit zurück.

**CDU**  
II // **sicher  
sozial  
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH  
 POSTFACH 24 49  
 5300 BONN 1  
 POSTVERTRIEBSSTÜCK  
 Z 8398 C  
 GEBÜHR BEZAHLT

## ■ TERMINE

13. 12. **BV Nordwürttemberg**  
 Bezirksvorstandssitzung,  
 Stuttgart
13. 12. **CDU Bund**  
 BFA Wirtschaftspolitik,  
 Bonn, KAH
13. 12. **EAK Bund**  
 Vorstandssitzung, Bonn, KAH
- 14./15. 12. Landesregierung  
 Baden-Württemberg,  
 Wirtschaftskongreß, Stuttgart
14. 12. LV Rheinland-Pfalz  
 Landesvorstandssitzung, Mainz
14. 12. LV Saar  
 LFA „Kultus, Bildung und Sport“,  
 Saarbrücken
14. 12. CDA Schleswig-Holstein  
 Landesvorstandssitzung, Kiel
15. 12. LV Schleswig-Holstein  
 Landesarbeitskreis „Presse...“,  
 Kiel
16. 12. LV Schleswig-Holstein  
 Landessatzungsausschuß, Kiel
16. 12. LV Hamburg  
 Wahlkampfabschluß-  
 veranstaltung, Hamburg, CCH
- 17./18. 12. **Junge Union Bund**  
 Bundesvorstandssitzung, Bonn
17. 12. CDA Berlin  
 Landesvorstand, Berlin
17. 12. LV Hessen  
 KGF-Konferenz, Grünberg
17. 12. **CDU Bund**  
 Dritte-Welt-Aktion, Gespräche,  
 Heiner Geißler mit Beauftragten,  
 Bonn, KAH
17. 12. LV Hessen  
 Landesvorstand, Grünberg
- 17./18. 12. KPV Saar/Rheinland-Pfalz,  
 Landesvorstandssitzung,  
 Nohfelden-Bosen
17. 12. LV Berlin  
 Landesvorstand mit MdB, Berlin
17. 12. LV Berlin  
 Landesausschuß, Berlin
18. 12. CDU Hessen  
 VIII. Landesfinanzkonferenz,  
 Grünberg, Gallushaus
18. 12. Junge Union Saar  
 Abschlußveranstaltung  
 „Dritte Welt“, Hasborn
20. 12. **CDU Präsidium**  
 Sitzung, Bonn, KAH
8. 1. **CDU Bund**  
 Regionalkonferenz Südwest:  
 LV Baden-Württemberg,  
 Rheinland-Pfalz, Saar;  
 Ludwigshafen
10. 1. LV Berlin  
 Landesvorstand, Berlin
10. 1. **CDU Präsidium**  
 Sitzung, Bonn, KAH
15. 1. **CDU Bund**  
 3. Rechtspolitischer Kongreß,  
 Karlsruhe
15. 1. LV Schleswig-Holstein  
 Landesparteitag, Eckernförde

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41-1. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**Ud**